

SZENEALPEN

Das Themenheft der CIPRA

NR. 99/2014



Wohin des Weges?

Warum die Alpenpolitik sich neu orientieren muss

Editorial Seite 3

Das Gesicht der Alpen Daniela Schily

«Die CIPRA muss denen in Brüssel auf die Füße treten!» Seite 4

Alpenpolitik

Veränderte Geometrien und neue Sichtbarkeit

Alpenpolitik wohin? Seite 5

Grosse Bühne mit vielen Akteuren

Das Verhältnis der EU zu den Alpen ist komplex Seite 8

Bringt die Makroregion uns einen Schritt weiter?

Multilevel-Governance in den Alpen Seite 10

Panorama

Stimmen der Zivilgesellschaft Seite 12

Im Gespräch mit Bernard Debarbieux

«Man hat den Raum gefunden, aber noch nicht die Werte» Seite 14

Österreichs Weg zur Makroregion

Alpen.Leben lotet Möglichkeiten der Zusammenarbeit aus Seite 17

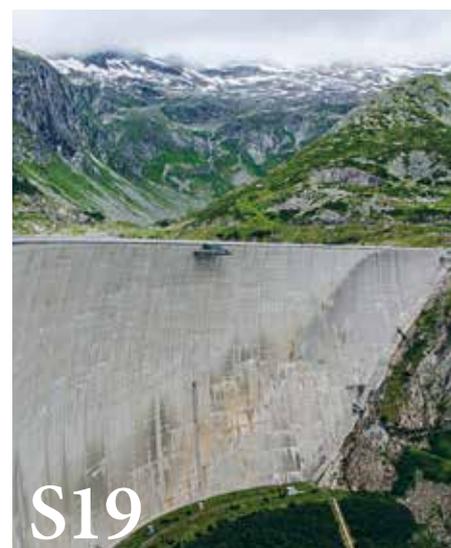
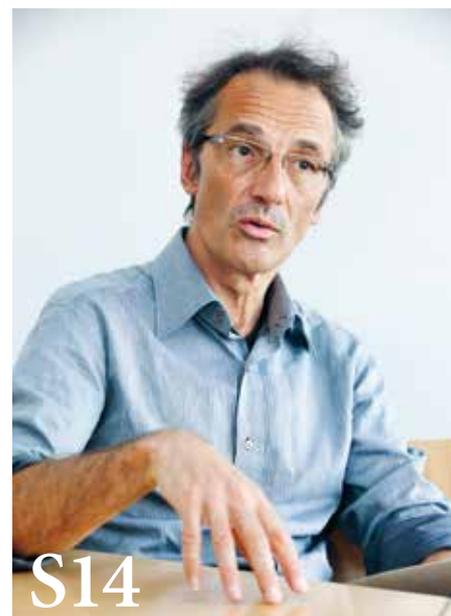
Geteilte Energievision Alpen

Die Energiepolitik greift nur mit Bürgerbeteiligung Seite 19

Seitenblick Heute handeln, morgen profitieren

Klimawandel: Anpassung kann nicht vermieden werden Seite 20

Dies & Das Seite 22 **Punkt** Seite 23 **Vorschau** Seite 24



DIE CIPRA, EINE VIELFÄLTIGE UND VIELGESTALTIGE ORGANISATION

Die Internationale Alpenschutzkommission CIPRA ist eine nichtstaatliche Dachorganisation mit nationalen Vertretungen in allen sieben Alpenländern, die über 100 Verbände und Organisationen vertritt. Sie arbeitet für eine nachhaltige Entwicklung in den Alpen und setzt sich für die Erhaltung des Natur- und Kulturerbes, der regionalen Vielfalt und für Lösungen grenzüberschreitender Probleme im Alpenraum ein.

IMPRESSUM

Publikation der Internationalen Alpenschutzkommission CIPRA
Erscheint ein- bis dreimal jährlich in deutscher, französischer, italienischer und slowenischer Sprache.

Herausgeberin: CIPRA International **Redaktion:** Barbara Wülser (verantwortlich), Claire Simon **Mitwirkende:** Dominik Siegrist, Jernej Stritih, Eva Posch, Bettina Hug, Jakob Dietachmair, Josef Essl, Christian Baumgartner, Jan Rübel, Simona Vrevc **ÜbersetzerInnen:** Violaine Simon, Nataša Leskovic Uršič, Reinhold Ferrari, Christine Weiser, Marianne Maier **Korrektorat:** Claire Simon, Nina Pirc, Francesco Pastorelli, Barbara Wülser **Layout:** Patrick Reinhardt **Druck:** Gutenberg AG, Schaan/LI **Gesamtauflage:** 16.000 Stück
Ein Nachdruck der Beiträge in diesem Heft ist auf Anfrage und unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erwünscht.

Abonnements: SzeneAlpen kann kostenlos bezogen werden bei CIPRA International: international@cipra.org oder www.cipra.org/szenealpen

CIPRA INTERNATIONAL

Im Bretscha 22, LI-9494 Schaan
Tel.: 00423 237 53 53 **Fax:** 00423 237 53 54
E-Mail: international@cipra.org **Web:** www.cipra.org

NATIONALE VERTRETUNGEN

CIPRA Österreich im Umweltdachverband
Strozzigasse 10/7-9, A-1080 Wien
Tel.: 0043 1 401 13 47 **Fax:** 0043 1 401 13 50
E-Mail: oesterreich@cipra.org **Web:** www.cipra.at

CIPRA Schweiz Schwengiweg 27, CH-4438 Langenbruck
Tel.: 0041 62 390 16 91 **Fax:** 0041 33 822 55 89
E-Mail: schweiz@cipra.org **Web:** www.cipra.ch

Ljubljana/SI, im August 2014

Liebe Leserin, lieber Leser

Seit der Unterzeichnung der Alpenkonvention haben sich die Alpen aus Sicht der EU von einer Randregion ins Zentrum «bewegt»; mit Slowenien als EU-Mitglied seit 2004 und der Schweiz und Liechtenstein als Teil des Schengenraums. Mit der Europäischen Strategie für die Alpen haben sich die Alpen auch ins Zentrum der EU-Agenda bewegt – oder zumindest hoffen dies die EntscheidungsträgerInnen in den Alpen.

Wie auch die Alpenkonvention zuvor stiess die Makroregionale Strategie eine lebhaft Diskussion an. Die Positionen reichen von der Angst, dass die Alpen von den umgebenden Metropolitanregionen überrumpelt werden, bis zur Hoffnung, dass manche Probleme, die nicht auf regionaler oder nationaler Ebene angegangen werden konnten, nun im EU-Kontext gelöst werden. Die Entwicklung in den letzten 25 Jahren wirft Fragen auf: Was ist der Mehrwert einer Europäischen Strategie? Welches sind die Ziele und Prioritäten der zukünftigen Alpenpolitik? Wie soll diese organisiert und durchgesetzt werden? Die CIPRA und ihre Partnerorganisationen bemühen sich, möglichst viele Betrachtungsweisen in den Strategieentwurf einzubringen. Manche dieser Positionen werden in diesem Heft dargelegt.

Wenn wir etwas von der Alpenkonvention lernen können, dann ist es die Erkenntnis, dass ein gesetzliches oder politisches Dokument alleine noch nicht dessen Umsetzung garantiert. Es sind die Menschen, Organisationen und EntscheidungsträgerInnen vor Ort, die dies verwirklichen. Manche Regionen haben die Vision der Nachhaltigkeit der Konvention zum eigenen Vorteil genutzt, während andere sie immer noch als Bedrohung ihrer Autonomie und ihres Lebensstils betrachten. Um sicherzugehen, dass die Europäische Strategie von allen akzeptiert wird, brauchen wir klare Ziele und Transparenz bei ihrer Umsetzung.



Die Europäische Strategie selber ist ein Bekenntnis dafür, dass die Alpen wichtig sind für Europa – nicht nur als Tourismusdestination und Energieproduzent, sondern auch als Garant einer breiten Palette von Ökosystemleistungen, wie Wasser oder Biodiversität, und als Modellregion für eine nachhaltige, CO₂-sparsame Entwicklung. Darüber hinaus sollte die Makroregion Alpen auch ein Zeugnis werden für eine echte Partnerschaft zwischen den Alpen, den umgebenden Regionen und der EU in einer immer globalisierteren Welt.

Jernej Stritih

Vize-Präsident CIPRA International

CIPRA Deutschland Moosstrasse 6, D-82279 Eching a. Ammersee
Tel.: 0049 8143 271 50 11 **Fax:** 0049 8143 271 50 11
E-Mail: info@cipra.de **Web:** www.cipra.de

CIPRA France 5, Place Bir Hakeim, F-38000 Grenoble
Tel.: 0033 476 42 87 06 **Fax:** 0033 6 73 04 16 19
E-Mail: france@cipra.org **Web:** www.cipra.org/france

CIPRA Liechtenstein c/o LGU
 Dorfgasse 46, LI-9491 Ruggell
Tel.: 00423-232 52 62 **Fax:** 00423 237 40 31
E-Mail: liechtenstein@cipra.org **Web:** www.cipra.li

CIPRA Italia c/o Pro Natura
 Via Pastrango 13, I-10128 Torino
Tel.: 0039 011 54 86 26 **Fax:** 0039 011 503 155
E-Mail: italia@cipra.org **Web:** www.cipra.org/italia

CIPRA Slovenija društvo za varstvo Alp
 Trubarjeva cesta 50, SI-1000 Ljubljana
Tel.: 00386 59 071 322
E-Mail: slovenija@cipra.org **Web:** www.cipra.org/slovenija

REGIONALE VERRETUNG

CIPRA Südtirol / Alto Adige c/o Dachv. für Natur- und Umweltschutz, Kornplatz 10, I-39100 Bozen
Tel.: 0039 0471 97 37 00 **Fax:** 0039 0471 97 67 55
E-Mail: info@umwelt.bz.it **Web:** www.cipra.org/suedtirol

FÖRDERNDES MITGLIED

Niederländische Milieu Groep Alpen (NMGA)
 Keucheniusshof 15, NL-5631 NG Eindhoven
Tel.: 0031 40 281 47 84 **E-Mail:** nmga@bergsport.com
Web: www.nmga.bergsport.com

SzeneAlpen wird von CIPRA International mit freundlicher Unterstützung des Landes Liechtenstein und der Aage V. Jensen Charity Foundation herausgegeben.



REGIERUNG
 DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN



Aage V. Jensen Charity Foundation/LI

«Die CIPRA muss denen in Brüssel auf die Füße treten!»

Für den Donaoraum begleitet Daniela Schily die EU-Makrostrategie.
Und fordert für die Alpen mehr Einfluss der regionalen Akteure.



In der Halle 2.2. der Internationalen Tourismus-Börse (ITB) in Berlin steht eine zierliche Frau etwas verloren hinter wuchtigen weissen Tresen. Menschenhorden ziehen vorbei, schnappen sich Prospekte, schauen nach Essbarem. Doch Daniela Schily hat Besseres im Angebot: ihren Humor. «Schauen Sie», sagt sie, «wir vertreten eine Region vom Schwarzwald bis zum Schwarzen Meer. Und wo haben wir unseren Sitz? In Serbien, im ‚Schwarzen Loch‘.»

Daniela Schily wirbt auf der Messe für die Donauregion. In Belgrad hat sie ein Donau-Kompetenzzentrum aufgebaut, erst im Auftrag des serbischen Wirtschaftsministeriums, dann sprang die deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) ein. «Noch vor kurzem galt Serbien als ‚schwarzes Loch‘, als Terra Incognita. Dotal isoliert stand das Land nach dem Krieg da.» Das will sie ändern. Parallel zur EU-Strategie für den Donaoraum entstanden, engagiert sich das Zentrum für grenzübergreifende Kooperationen im Tourismus und im Umweltschutz. «Wir mussten hart dafür arbeiten, unseren Platz in der EU zu erhalten», erinnert sich die 47-Jährige an die Anfangsjahre seit 2009.

NGO ALS TREIBENDE KRÄFTE

Seit einiger Zeit definiert die Europäische Kommission so genannte Makroregionen, Gegenden mit verschiedenen Verwaltungseinheiten und gemeinsamen Themen. Eine Strategie, so das Kalkül, soll für eine bessere Entwicklung sorgen. Mit dem Donaoraum ging es los, bis 2015 soll nun auch eine EU-Strategie für den Alpenraum stehen. Was sind Daniela Schilys Erfahrungen mit Brüssel, was hat das Manöver den Donaustaaten beschert?

Sie zieht ihre dunkelblaue Bluse mit weissen Blümchen glatt. «Die Nichtregierungsorganisationen (NGO) müssen einbezogen werden», sagt sie. «Sie sind die treibenden Kräfte einer Region.» Für den Donaoraum habe sich die EU viel Zeit genommen, habe regionale «Akteure» in die Planungen mit einbezogen. «Später bei der Adria-Strategie indes hat man aufs Gaspedal getreten und wollte schnelle Erfolge – da wurden die NGO übergangen.» Ihr Rat: «Die CIPRA muss nach Brüssel, denen auf die Füße treten!» Denn für den Alpenraum müsse lobbyiert werden, dann träten Umweltstandards wie die der Alpenkonvention nicht in den Hintergrund. «Gegenüber der Brüsseler Bürokratie muss man schon hartnäckig auftreten», resümiert sie. Für den Donaoraum zieht sie eine positive Bilanz. Die Zahl der Radfahrer entlang des Flusses sei rasant angestiegen, Öko-Camps seien in Serbien entstanden und die Fischer im Donaudelta seien für Flora und Fauna sensibilisiert worden. Dass bei einer makroregionalen Alpenstrategie auch umliegende Regionen einbezogen würden, sieht sie nicht als Problem. «Das schadet den Bergen nicht; die Alpen wurden vom übrigen Europa immer wie ein ‚Brett‘ wahrgenommen: als Region mit klaren Konturen. Und es dürfen bei den Strategien in Europa keine weissen Flecken entstehen.» ▲

VON DEN ALPEN AN DIE DONAU

Daniela Schily, gebürtige Bochumerin, liebt die Alpen. Ihr Vater war Mitglied im Deutschen Alpenverein, fuhr mit der Familie jeden Sommer nach Tirol. Vor zwanzig Jahren geriet er bei einer Wanderung bei Lienz in ein Unwetter, stürzte in einen Wildbach und starb. Und hatte vorher bei seiner Tochter eine zweite Liebe geweckt: Mit 14 besuchte sie mit ihm Russland, zog 1989 zum Studium der Russistik nach Moskau, arbeitete als Reisejournalistin. Dann kam der Ruf aus Belgrad – hin zum Donau-Kompetenzzentrum.

www.danubecc.org

Jan Rübel

Zeitspiegel Reportagen

Veränderte Geometrien und neue Sichtbarkeit



Mehr als ein Gebirge: Mit der makroregionalen Strategie verändert sich auch der Blick Europas auf die Alpen.

Die Zusammenarbeit über den Alpenrand hinaus ermöglicht neue Perspektiven. Eine neue Alpenpolitik benötigt aber vor allem den Einbezug der Zivilgesellschaft. Um im weltweiten Wettbewerb um Aufmerksamkeit zu bestehen, braucht es Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit gegen innen wie auch gegen aussen.



Gemeinsam Lösungen finden: Die Alpenpolitik ist ein solidarisches Zusammenspiel verschiedener AkteurInnen.

Umwelt- und Raumordnungspolitik in grossen Massstäben sind in Europa heute selbstverständlich. Makroregionale Planungsräume umfassen Gebiete wie die gesamte Ostsee, den Donauroaum und das Mittelmeergebiet. In den Alpen ist solch grossräumiges Denken schon seit langem vertraut. Eine offizielle Alpenpolitik gab es seit den 1970er Jahren mit der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge Alp) und seit den 1990er Jahren mit der Alpenkonvention. In diesem Rahmen identifizierten die Alpenländer die gemeinsamen Herausforderungen und entwickelten grenzüberschreitende Lösungsansätze. Wichtige Handlungsfelder waren von Anfang an die Verkehrs-, Energie- und Umweltpolitik sowie der Tourismus und die Landwirtschaft. Mit der zeitweiligen Stagnation der Alpenkonvention und der neuen EU-Strategie für die Alpen stehen wir heute an einem Wendepunkt.

KLEINE ERFOLGE MIT DER ALPENKONVENTION

1991 unterzeichneten die Alpenstaaten und die EU die Alpenkonvention. Damit formulierten sie erstmals eine alpenweite Politik für die nachhaltige Entwicklung. Die Euphorie der Gründerjahre der Alpenkonvention ist zwar mittlerweile einer gewissen Ernüchterung gewichen. Die Betonung von nationalen Partikularinteressen führten immer wieder zu politischen Blockaden zwischen den Vertragspartnern. So zog die Alpenkonferenz nicht richtig mit, als Deutschland 2009 wegweisende Vorschläge für einen Aktionsplan Klimaschutz lancierte oder als die Schweiz 2012 die Auswirkungen der Energiewende zum Schwerpunkt machte. Und auch eine gemeinsame Transitverkehrspolitik kommt nicht vom Fleck.

Doch ob dieser Misserfolge auf der grossen politischen Bühne dürfen die Errungenschaften der Alpenkonvention nicht vergessen werden: Heute gibt es eine funktionierende alpenweite Zusammenarbeit zu zahlreichen Themen und Projekten. Engagierte Netzwerke wie diejenige der Schutzgebiete, der Städte, der Gemeinden und der Wissenschaftler sind im Gefolge der Alpenkonvention entstanden. Einzelne Bundesländer, zum Beispiel in Österreich, formulieren ihre Politik des ländlichen Raums auf Basis der Alpenkonvention. Und es wurden übergreifende fachliche Grundlagen erarbeitet, die für eine zukunftsfähige Entwicklung des Alpenraums essentiell sind. Zu nennen sind hier die Alpenzustandsberichte und die Ergebnisse der Arbeitsgruppen und Plattformen der Alpenkonvention zu einer Reihe von Spezialthemen.

In den Alpen hat sich also nicht alles zum Schlechteren, sondern auch manches zum Besseren gewandelt. Die Verkehrsprobleme stehen, wenn sie auch nicht gelöst sind, immer noch auf den politischen Agenden. Zur Unterstützung des Klimaschutzes sind zahlreiche Positivebeispiele herangewachsen. Im Tourismus und im Natur- und Landschaftsschutz gibt es innovative Leuchtturmprojekte. Und in vielen Alpenregionen sind Kulturschaffende aktiv und tragen so zur Stärkung der regionalen Identität und zu einem neuen Denken in den Alpen bei.

DIE ALPEN VERSCHWINDEN

Der Alpenforscher Werner Bätzing warnt vor dem Verschwinden der Alpen. Der Verlust betrifft natürlich nicht die Berge selbst. Aber der Alpenforscher befürchtet, dass die Alpen als eigenständiger Raum mit ihrer besonderen Charakteristik verloren gehen. Parallel

dazu verschwinden die Alpen auch immer mehr aus unserem Bewusstsein. Die Gründe dafür liegen im grundlegenden Wertewandel der Gesellschaft sowie in den veränderten Freizeitgewohnheiten der Menschen, aber auch in der Globalisierung der Politik. Als die Alpenkonvention unterzeichnet wurde, hatte die EU erst zwölf Mitgliedstaaten, jetzt sind es deren 28.

Heute ringen die Alpen in der Öffentlichkeit mit deutlich mehr Themen um Aufmerksamkeit als früher. Dies bedeutet aber nicht, dass die Herausforderungen kleiner geworden sind. Weiterhin steht die zunehmende Übernutzung der urbanen Regionen auf der einen Seite der Unternutzung der durch Strukturschwäche und Abwanderung geprägten Gebiete auf der anderen Seite gegenüber. Der Klimawandel ist in den Alpen deutlich stärker spürbar als anderswo; er zeigt bereits heute deutliche Folgen. Neue Energieprojekte bedrohen die Alpenlandschaft. Die Artenvielfalt geht in den Alpen – als einer der wichtigsten Biodiversitäts-Hotspots in Europa – weiter zurück.

Die Alpenpolitik ist mit dem Anspruch gestartet, dass aufgrund gleichartiger Probleme gemeinsame, grenzüberschreitende Lösungen gefunden werden können. Die CIPRA hatte diese Vision schon früh formuliert und die Alpenkonvention als politisches Instrument vorgeschlagen. Doch kann es eine solche, an Problemen orientierte alpenweite Identität überhaupt geben, oder entspricht diese einem reinen Wunschdenken? Tatsache ist, dass die Menschen in den Regionen zwischen Ljubljana und Genua den überbordenden Verkehr, den Massentourismus und die immer intensivere Energienutzung sehr wohl als Belastung wahrnehmen – und dass daraus immer wieder ein solidarisches Handeln über die Regions- und Staatsgrenzen hinaus entsteht. Doch um die anstehenden Probleme endlich ernsthaft anzugehen, ist über die alpenweite Identität hinaus die Rationalität einer aufgeklärten Politik noch viel wichtiger.

ALLE SIND GEFORDERT

Wohin steuert die Alpenpolitik, angesichts eines schwieriger gewordenen Umfelds in den einzelnen Alpenländern, in der EU und auf globaler Ebene? Viele AkteureInnen der Alpenpolitik haben sich in den letzten 20 Jahren darauf konzentriert, neue alpenweite Strukturen aufzubauen und diese auf der politischen Ebene zu etablieren.

Eine Vielzahl von Konferenzen, Workshops und Sitzungen, die ihren Niederschlag in einer schier unüberschaubaren Zahl von Dokumenten und Publikationen gefunden haben, zeugen davon. Auch die CIPRA hat sich intensiv an diesen Arbeiten beteiligt und stand bei der Gründung einer Reihe von alpenweiten Einrichtungen Patin. Wir müssen heute die Frage stellen, ob diese Strategie noch zeitgemäss ist und ob sie uns den Antworten auf die offenen Fragen tatsächlich näher bringt. Oder ob sich dadurch die Verantwortlichen nicht noch weiter von der Bevölkerung und von den brennenden Problemen der Alpen entfernt haben. Wie sonst kann es möglich sein, dass nach mehr als zwanzig Jahren Alpenkonvention ernsthaft darüber diskutiert werden muss, ob die Zivilgesellschaft Teil des Prozesses im Rahmen der neuen EU-Strategie für die Alpen (EUSALP) sein soll oder nicht?

Dabei böte die EUSALP, die die Geometrien über die Alpen hinaus verschiebt, tatsächlich Chancen, frischen Wind in die festgefahrenen Strukturen der Alpenkonvention zu bringen. Denn eine fortschrittliche Alpenpolitik darf sich nicht in den Alpen einigeln; dies gilt für die VertreterInnen der Alpenregionen ebenso wie für diejenigen des alpinen Natur- und Umweltschutzes. Zukunftsfähige Lösungsansätze liegen vielmehr in einer europäisch orientierten Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik, selbstverständlich mit alpiner Ausprägung. Gefragt ist eine solidarische Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Kräfte innerhalb und ausserhalb der Alpen. Unser erstes Ziel sollte dabei sein, die Alpen als wichtigen Kompensationsraum in Europa wieder sichtbar zu machen und die Alpen damit als eigenständigen kulturellen und ökologischen Raum zu erhalten und zu stärken. Aufgabe der CIPRA ist es, als alpenweites Kompetenznetzwerk Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit für den Alpenschutz und die nachhaltige Entwicklung zu betreiben und die Beteiligten und Betroffenen miteinander zu vernetzen. ▲

Dominik Siegrist

Präsident CIPRA International

Professor an der HSR Hochschule für Technik Rapperswil/CH



Die UmweltministerInnen treffen sich alle zwei Jahre an der Alpenkonferenz; im Bild Evian 2009.

DIE «WERKZEUGE» DER EU

Mit der so genannten Kohäsionspolitik möchte die EU den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt festigen, zum Beispiel mit dem Vertrag von Lissabon und der EU-Strategie 2020. Gesucht wird auch nach neuen Formen der Zusammenarbeit – dazu zählen die Makroregionalen Strategien für den Donauraum, das Baltikum und für die Alpen. Probleme werden möglichst nach dem Subsidiaritätsprinzip gelöst, das auf Selbstbestimmung und Selbstverantwortung baut.

<http://ec.europa.eu>

Grosse Bühne mit vielen Akteuren

Die Alpen finden auf EU-Ebene sehr wohl Beachtung. Doch Europa ist eine grosse Bühne. Manchmal ist es schon ein Erfolg, wenn man in einer Nebenrolle brillieren kann. Mit der Entwicklung einer Makroregionalen Strategie rücken die Alpen nun noch etwas mehr ins Rampenlicht – zumindest zwischenzeitlich.



Die Beziehung zwischen den Alpen und der Europäischen Union ist geprägt von der Vielgestaltigkeit der Alpen einerseits und einem hohen Grad an wechselseitiger Abhängigkeit zwischen den Alpen, der EU und den Mitgliedstaaten andererseits. Hinzu kommt eine beachtliche – auch rechtliche – Komplexität der Strukturen und ein Wettbewerb um Themenführerschaft. Nicht immer findet sich zudem der Stellenwert der Alpen in der politischen Diskussion auch in der konkreten Gesetzgebung und den Politiken der Union wieder.

GETEILTE ZUSTÄNDIGKEITEN – GETEILTE ALPEN?

Die Berggebiete werden in den sektor-spezifischen EU-Verordnungen und -Richtlinien nur teilweise berücksichtigt. Der Grund dafür liegt in der geteilten Zuständigkeit zwischen den Mitgliedstaaten und der Union auf der einen Seite und dem Subsidiaritätsprinzip auf der anderen Seite. Man findet in Verordnungen und Richtlinien oft nur Zielsetzungen, die die Mitgliedsstaaten mit der nationalen Umsetzung erreichen müssen, jedoch kaum spezifische Vorgaben, etwa in Bezug auf den Alpenraum. Bei gut integrierten Politikbereichen, wie der Agrarpolitik, wird man schneller fündig. Ein Beispiel ist die Berücksichtigung der Berggebiete in der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Hier wurden die Zuständigkeiten fast zur Gänze auf die Union übertragen. Bei solch gut integrierten Politiken ist es daher besonders wichtig, dass die VertreterInnen der Alpen ihre Anliegen bereits auf EU-Ebene einbringen und im Gesetzgebungsprozess verbindliche Vorgaben betreffend die Berggebiete erwirken.

Sektor-spezifische Vorgaben werden auch über die Protokolle der Alpenkonvention in die EU-Gesetzgebung integriert. Ein gutes Beispiel dafür ist der Verzicht auf den Bau neuer hochrangiger Strassen für den alpenquerenden Verkehr. Diese Bestimmung ist mit der Ratifizierung des Verkehrsprotokolls seitens der EU im letzten Jahr Teil der EU-Gesetzgebung geworden, was als grosser Erfolg zu werten ist.

UNION DENKT NEU IN RÄUMEN

Politik kann über spezifische Sektoren gestaltet werden, wie eben die Agrarpolitik, oder aber auch über funktionale Räume. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für einen solchen territorialen Ansatz sind mit dem Vertrag über die EU, dem so genannten Lissabonvertrag, und dem Vertrag über die Arbeitsweise der EU gegeben. Der territoriale Zusammenhalt bekommt auch politisch auf EU-Ebene mehr und mehr Gewicht. Doch zur Frage, wie man die Stärken jedes einzelnen Gebiets besser nutzen und damit auch zur Erreichung der Ziele der EU-2020-Strategie beitragen kann, gibt es selbst innerhalb der Europäischen Kommission unterschiedliche Sichtweisen.

Auch die Kohäsionspolitik für den Zeitraum von 2014 bis 2020 stärkt die Zugehörigkeit zu einem bestimmten geografischen Gebiet. Mit

einem gemeinsamen Rahmen für alle operationellen Programme, einem Investitionsfonds und einer Partnerschaftsvereinbarung zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten und der Kommission wird versucht, mehr Kohärenz zwischen den einzelnen Programmen zu erzielen. Dabei wird viel Wert auf die Zusammenarbeit über Grenzen gelegt, so auch innerhalb der Programme für die territoriale Zusammenarbeit, darunter das Alpenraumprogramm oder Alpine Space. Mit über neun Milliarden Euro EU-Fördermitteln stellen diese Programme ein wichtiges Instrument für die Umsetzung des territorialen Ansatzes dar.

ALPEN RÜCKEN NÄHER AN BRÜSSEL

Von besonderer Bedeutung ist der Beschluss des Europäischen Rates von Dezember 2013 über eine EU-Strategie für den Alpenraum. Anders als bei anderen Makroregionalen Strategien der EU hält bereits der Ratsbeschluss fest, dass diese Strategie in Zusammenarbeit mit den betroffenen Mitgliedstaaten auszuarbeiten sei. In der Praxis bedeutet dies eine intensive Mitarbeit der Regionen bei der Erstellung der Strategie. Gerade diese Beteiligung der Staaten, der Regionen und der Zivilgesellschaft wird von essentieller Bedeutung sein, wenn es darum geht, die Strategie umzusetzen und entsprechende Finanzmittel zu Verfügung stellen. Das wiederum hängt wesentlich von den Betroffenen in der Alpenregion ab, und nicht bloss von den Rechtsvorschriften der EU, deren politischen Vorgaben oder der Rolle der Alpen auf EU-Ebene.

Die Alpen rücken damit – jedenfalls für eine gewisse Zeit – wieder in den Fokus der Diskussionen auf EU-Ebene. Das eigentliche Ziel ist damit aber noch nicht erreicht. Der Ball wurde uns in gewisser Weise wieder zurückgespielt – mit hohen Erwartungen bezüglich der Ausarbeitung der Strategie und deren Durchführung. Die Alpenkonvention bietet mit ihrem angesammelten Wissen und der Expertise, die sich in einer Vielzahl von Arbeitsgruppen und Plattformen manifestiert, einen Fundus für die Entwicklung einer Alpenstrategie. Der Prozess bietet aber auch die Chance, die Alpenkonvention ihrerseits mit neuem Leben zu erfüllen.

Um längerfristig von Europa beachtet und als Region mit spezifischen Bedürfnissen und Stärken wahrgenommen zu werden, müssen sich die AlpenvertreterInnen zusammenschließen – von den Staaten über die Regionen und Gemeinden bis hin zu den internationalen Institutionen und zur Zivilgesellschaft. Sie müssen eng und gut zusammenarbeiten und alle bestehenden Gefässe der EU nutzen, seien sie territorial, sektoral, makroregional oder transnational. ▲

Simona Vrevc

Vize-Generalsekretärin der Alpenkonvention

Bringt die Makroregion uns einen Schritt weiter?

Wie viele grosse politische Vorhaben wurden im Keim erstickt und wie viele grosse gesellschaftliche Fragen warten immer noch auf Antworten! Gehört die Europäische Strategie für die Alpen auch dazu? Nicht, wenn sie die richtigen Fragen aufgreift und wenn sie eine umfassende, hoch stehende Debatte ermöglicht.

Die Dogmen des wirtschaftlichen Liberalismus, auf den der Neoliberalismus folgte, und des Wachstums sind in den Alpen, wie auch sonst überall, fest verankert. Wachstumsrate und Bruttoinlandsprodukt (BIP) sind Leit-Indikatoren für den Wohlstand und Fortschritt einer Nation. Weder Aktivitäten ohne monetären Gegenwert noch die Qualität sozialer Bindungen und nicht einmal der Natur- und Kulturreichtum werden berücksichtigt bei der Bestimmung des Wohlstands eines Landes.

Aus dieser Sicht waren die Alpen nach dem Kriegsende «rückständig». Heute trifft das nicht mehr zu, wie Bernard Debarbieux im Interview schildert (S. 14). Aber die damalige Staats- und Wirtschaftspolitik hat zu neuen Problemen in den Alpen geführt: Klimawandel, Konflikte im Zusammenhang mit der Energiewende, Globalisierung der Wirtschaft, soziale und wirtschaftliche Unterschiede zwischen den Tälern, demographischer Wandel, wachsende Mobilitätsbedürfnisse, die Bedrohung der biologischen Vielfalt und der Umwelt. Die von mehreren Regionen initiierte Makroregion Alpen muss den Ehrgeiz haben, Antworten auf diese Herausforderungen zu finden. Diese Aufgabe wird durch die Tatsache erschwert, dass die Makroregion selbst das Ergebnis einer neoliberalen Denkweise ist, die der

Strategie «Europa 2020» zugrunde liegt. Kann die Makroregion eine Bresche schlagen, um der Debatte eine neue Richtung zu geben?

WOHLSTAND NEU DEFINIEREN

Nun, wenn man Albert Einstein Glauben schenken darf, dann «kann man ein Problem nicht mit der gleichen Denkweise lösen, mit der es erschaffen wurde». Es ist daher illusorisch zu glauben, dass die wirtschaftliche, soziale, ökologische und politische Krise in den Alpen wirksam bekämpft werden kann, ohne dass man sich zunächst Gedanken macht über die neoliberale Logik und das politische System, das diese Logik stützt. Wir sollten also damit beginnen – wie unter anderem die französische Soziologin Dominique Méda vorgeschlägt –, offen über den Wechsel zu einem Modell zu diskutieren, das auf der Aufwertung von bisher vernachlässigten Wohlfaktoren basiert. Wir sollten neue Wohlstandsindikatoren schaffen, indem wir zum Beispiel die Kaufkraft durch die «Fähigkeit zur nachhaltigen Nutzung» oder «die Fähigkeit zum guten Leben» ersetzen und von einem quantitativen zu einem qualitativen Ansatz wechseln. Die Debatte muss auf allen Ebenen geführt werden, wo die Zukunft auf dem Spiel steht. Die Makroregion ist eine davon.



Claire Simon,
Geschäftsführerin von
CIPRA International,
bezieht Position zur
Makroregionalen
Strategie für die Alpen.



Vom Empfänger zum Sender: In einer Multi-Level-Governance spielt die Bevölkerung eine aktive Rolle.

In der Debatte über einen neuen Wohlstand oder neue Werte müssen wir neue Denk-, Entscheidungs- und Handlungsweisen anstossen. Die Erneuerung unserer demokratischen Prozesse ist dabei eine Voraussetzung, aber auch eine Chance. Im Initiativpapier von Oktober 2013 werden die VertreterInnen der Zivilgesellschaft von den Initianten der Makroregion aufgefordert, sich an der Strategie zu beteiligen, die «einen Rahmen für die Governance und Zusammenarbeit auf allen Ebenen zwischen den EU- und Nicht-EU-Ländern, den Alpenregionen von Ost nach West und von Nord nach Süd sowie mit den bestehenden Organisationen und Institutionen bietet». Eine solche Governance sollte vor allem sicherstellen, dass Entscheidungen nachvollziehbar und offen, mit Transparenz und sozialer Gerechtigkeit getroffen werden (siehe SzeneAlpen Nr. 96 «Unser Wille geschehe»).

WER IST LEGITIMIERT?

Es ist ein grosses Projekt, das die Unterstützung aller braucht: der Bevölkerung – der so genannten Zivilgesellschaft –, der gewählten VertreterInnen, der Verwalter, der UnternehmerInnen, der Wissenschaftler. Die Governance beruht auf einer veränderten Rolle der gewählten Vertreter und Verwaltungen, die in erster Linie zu Vermittlern in den Verhandlungsprozessen mit der Zivilgesellschaft werden. In einem solchen Multilevel-Governance-System spielen die Bürgerinnen und Bürger eine aktive Rolle. Sie delegieren die

Entscheidungskompetenz und die Verantwortung nicht mehr an «Autoritäten». Die Bürgerinnen und Bürger sind nicht mehr nur Wähler, Steuerzahler oder Leistungsempfänger. Sie tragen mit ihren Ideen und Erfahrungen aktiv dazu bei, innovative Prozesse, Produkte oder Dienstleistungen zu entwickeln, um den gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. Gewiss, einen neuen Weg einzuschlagen ist nicht ohne Risiko. Aber den alten Weg weiterzugehen birgt ebenfalls Risiken.

CHANCE ERGREIFEN

Der Bevölkerung und den Alpen-AkteurInnen die Möglichkeit geben, die Zukunft in den Alpen gemeinsam zu gestalten, den Wechsel hin zu einem neuen Wohlstand und einer modernen Demokratie zu unterstützen, und eine Ideenschmiede für die Zukunft schaffen: Das sollte das Ziel der Europäischen Strategie für die Alpen sein. Nur in einem kreativen und offenen Prozess können Antworten auf die Fragen gefunden werden, die sich in den Bereichen Wirtschaft, Verkehr, Energie (S. 19), Demographie, Biodiversität und Landschaft stellen. ▲

Claire Simon

CIPRA International

Stimmen der Zivilgesellschaft

Worauf kommt es an bei der nachhaltigen Entwicklung? Welche Rolle und Verantwortung haben die alpenweiten Netzwerke? Sechs Weggefährten der CIPRA, wie diese auch Beobachter der Alpenkonvention, erzählen von ihren Visionen und Erfahrungen.



BARBARA EHRINGHAUS

Präsidentin, ProMONT-BLANC

ProMONT-BLANC erfährt immer wieder die Einwirkung von ausseralpinen Kräften Europas, sei es in der Verkehrspolitik – Stichwort Schwerverkehr durch den Mont-Blanc –, im Tourismus oder in den Wirtschaftsbeziehungen zu den umliegenden Metropolen. Deshalb versteht sich unser tri-nationaler Dachverband auch als Vermittler zwischen lokalen, regionalen und europäischen Interessen, die an diesem Knotenpunkt zusammenlaufen. Ich wünsche mir, dass die Alpen im Austausch und in Solidarität mit ihrem Umland gemeinsam und selbstbewusst ihre Region als schützenswertes Naturjuwel nachhaltig gestalten. Europa soll die Alpen nicht nur als Verkehrshindernis und Energiequelle sehen, sondern sie als grüne Lunge voller kultureller Vielfalt wertschätzen.



MARC NITSCHKE

Präsident, Gemeindeforum «Allianz in den Alpen»

Für mich gehören die Alpen zu den lebenswertesten und schönsten Regionen Europas. Es ist mir daran gelegen, diesen Zustand für zukünftige Generationen zu bewahren. Dazu beitragen würde ein noch konsequenteres Umdenken der Alpengemeinden und -regionen in Sinne der Alpenkonvention. Unsere Mitglieder gehen schon heute mit gutem Beispiel voran. Gemeinden sind zwar die kleinste politische Einheit, dennoch entscheidend für die Umsetzung konkreter Projekte zur nachhaltigen Entwicklung der Alpen. Eine stärkere Unterstützung von Projekten auf Gemeindeebene wäre daher notwendig und wünschenswert.



VERONIKA SCHULZ

Geschäftsführerin, Club Arc Alpin

Wir wünschen uns die Alpen als lebenswerten Lebens-, Wirtschafts- und Erholungsraum für ihre Bewohner und ihre Gäste, mit einer lebendigen Kulturlandschaft und weiterhin unerschlossenen Naturräumen. Leider scheint der makroregionale Prozess trotz aller Solidaritätsbekundungen stark von den Wirtschaftsinteressen der Regionen, die ihn initiiert haben, geprägt zu werden. Momentan gibt es ein Ungleichgewicht, der Druck auf die Landschaft wächst. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung der Alpen möchten wir versuchen, bei der Ausarbeitung der Strategie den Stellenwert des Schutz- und Erhaltungsgedankens gegenüber den Wirtschaftsinteressen wieder zu stärken.

THIERRY BILLET

Präsident, Verein «Alpenstadt des Jahres»

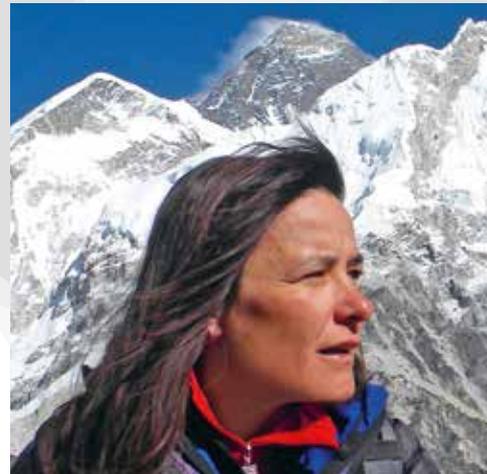
Man sollte die langfristigen Ziele nie den kurzfristigen opfern. Es ist notwendig, dass die Bürger an politischen Entscheidungen mitwirken können, und daran zu erinnern, dass der Lebensraum für zukünftige Generationen erhalten bleiben muss. Der Klimawandel wird die Alpen gewaltig erschüttern. Die Alpenstädte des Jahres müssen anschaulich zeigen, dass die Verringerung der Treibhausgasemissionen und die Anpassung an den Klimawandel ihr Leitmotiv ist. Die Entscheidungen rund um die Makroregion werden zeigen, ob man Synergieeffekte für die Mobilisierung des gesamten Alpenbogens gegen die Kohlenstoffemissionen erzeugen kann, oder aber ob kurzfristige Ziele verfolgt und Wachstum um jeden ökologischen Preis angestrebt werden.



SERGIO SAVOIA

Programmdirektor, WWF

Mein Wunsch ist es, dass die zukünftigen Alpen eine Vielfalt an menschlich geprägten und natürlichen Landschaften in einer harmonischeren Koexistenz aufweisen. Der Rückzug der Gletscher wird dann langsamer geworden sein, die Besiedlung des Gebiets wird aufgrund einer intelligenteren Raumplanung gestoppt worden sein. Den Entscheidungsträgern muss klarer gemacht werden, dass die Alpen ein wichtiger Raum sind, aufgrund ihrer Leistungen für das Ökosystem und aufgrund der Ressourcen, die sie produzieren – und dass sie anfällig sind. Etwas mehr alpenübergreifendes Denken würde nicht schaden. Wir müssen Konsens schaffen, Bündnisse schmieden und die Alpen als einen einzigen gemeinsamen Raum sehen, sowohl ökologisch als auch ökonomisch. Denn keine Organisation ist allein stark genug, den Wandel zu bewirken.



ANNA GIORGI

Präsidentin, ISCAR

Meine Vision der Alpen ist die eines attraktiven Ortes für junge Leute und Familien, der kreative Arbeitsplätze in einer gesunden Umwelt bietet. ISCAR will zu dieser Vision beitragen – indem wir junge Wissenschaftler für Alpenforschung gewinnen. Diese neue Generation junger Bergfreunde ist mit den spezifischen Eigenheiten der Alpen vertraut und nutzt die Chancen, die die Alpen ihnen bieten. Aber auch Berggemeinden und Regionen müssen sich zusammentun, um ein starker politischer Partner zu werden auf der nationalen und europäischen Ebene. Die Alpenkonvention und die europäische Alpenstrategie könnten zum Aufbau solcher Netzwerke beitragen. Der Strategieprozess soll Brücken zwischen den Alpen und den umliegenden Regionen bauen und Synergien zwischen ländlichen und städtischen Gebieten nutzen.



Bernard Debarbieux stellt fest, dass das Zugehörigkeitsgefühl zu den Alpen in den letzten Jahrzehnten gewachsen ist.

«Man hat den Raum gefunden, aber noch nicht die Werte»

Der grenzüberschreitende Raum werde künftig nicht mehr von Staaten bestimmt, sagt der Geograf [Bernard Debarbieux](#), sondern von Gebietskörperschaften, die Kooperationen ins Leben rufen wollen. Doch die Inhalte, die diesen Raum füllen sollen, seien noch ungewiss.



Was unterscheidet die Berge vom Flachland, aus gesellschaftspolitischer Sicht?

Seit etwa einem Jahrhundert erkennt man, dass die Bergregionen besondere Probleme haben, die besondere politische Massnahmen erfordern. Natürlich hat es die Berge schon immer gegeben. Aber die Tatsache, dass man sich Gedanken macht über die Besonderheiten dieser Gebiete, nicht zuletzt aus politischen Gründen, ist ein relativ neues Phänomen.

Wie hat sich der Blick der Politik auf die Berggebiete in den letzten Jahrzehnten verändert?

Mitte des 20. Jahrhunderts dachte man, dass die Berggebiete den Anschluss an die nationalen und europäischen Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme verpasst haben. Deshalb wollte man eine Bergpolitik entwickeln, die dafür sorgt, dass die Bevölkerung und die Wirtschaft in den Alpen auf den Zug aufspringen können. Heute geht es den alpinen Regionen mehrheitlich gut, insbesondere dank des Tourismus und der Wasserkraft. Man könnte daher annehmen, dass es keiner Bergpolitik mehr bedarf. Wir stehen jedoch heute vor neuen Herausforderungen, und deshalb ist der Bedarf für eine Alpenpolitik nach wie vor gegeben, wie in den Bereichen Umwelt oder Verkehr.

Was bringt eine spezifische Bergpolitik?

Es gibt Länder – wie die USA oder Kanada –, in denen es nie eine echte Bergpolitik gegeben hat. Sie haben vielmehr eine sektorale Politik betrieben, zum Beispiel im Bereich Wald oder Naturschutz. Die Bergregionen haben von dieser Politik profitiert, ohne als solche anerkannt zu werden. Aber wenn man sich gleichzeitig um Themen wie Wald, Natur, Abwanderung, Erbe kümmern will, braucht man das, was man als Raumordnungspolitik oder Regionalpolitik bezeichnet. In der Schweiz, in Frankreich und auch in Italien hat man die Vorteile einer Bergpolitik erkannt, die alle Aspekte der Entwicklung und Raumordnung einbezieht.

Betrachten Sie die Berge als Allgemeingut?

Das, was man als «Allgemeingut» bezeichnet, ist normalerweise etwas, das nicht in Privatbesitz ist. In den Berggebieten gibt es jedoch viele Eigentümer von Grundstücken, Gebäuden und Wäldern. Deshalb sind die Berge kein Allgemeingut, wie zum Beispiel die Luft oder die Meere. Dennoch kann man die Berge als eine besondere Art von Allgemeingut betrachten, da sie Güter zur Verfügung stellen, die für alle von Nutzen sind – zum Beispiel Wasser, Biodiversität oder Landschaften – und deren Vielfalt und Zugang für alle erhalten werden sollten.

Wer soll entscheiden, was in und mit den Bergen geschieht?

Es geht darum, ein subtiles Gleichgewicht zu wahren zwischen den privaten Eigentümern, der ansässigen Bevölkerung und der breite-

ren Gesellschaft, in der diese Bevölkerung integriert ist. Das setzt eine komplementäre Sichtweise der jeweiligen Bedürfnisse, Rechte und Pflichten in Bezug auf die Berggebiete voraus. Im Sinne dieser Idee von Allgemeingut sollten alle zumindest an der Reflexion und nach Möglichkeit auch an der Verwaltung der Berggebiete beteiligt sein.

Gibt es so etwas wie eine alpine Identität?

Noch vor 20 Jahren hätte ich diese Frage mit Nein beantwortet. Wenn man «Identität» als kollektives Zugehörigkeitsgefühl und nicht als objektive Besonderheit versteht, hätte es für mich damals keinen Anlass gegeben zu glauben, dass die Menschen in Tirol, in der Lombardei oder in der Provence ein gemeinsames Zugehörigkeitsgefühl haben. Zugehörigkeitsgefühle sind in den Alpen historisch sehr lokal geprägt oder an regionale oder nationale Identitäten gebunden. Das hat sich jedoch in den vergangenen Jahrzehnten geändert. Die Alpenkonvention hat zur Gründung von Zusammenschlüssen wie dem Netzwerk alpiner Schutzgebiete Alparc beigetragen: Die Verwalter der Schutzgebiete arbeiten heute zusammen und tauschen sich aus, wodurch ein gemeinsames Zugehörigkeitsgefühl entsteht. Die CIPRA selbst hat, lange vor der Alpenkonvention und den aus ihr hervorgegangenen Netzwerken von Akteuren, aus ihrer Mitte heraus einen gemeinsamen Bezug zu den Alpen entwickelt.

WISSENSCHAFTLER MIT AUFTRIEB

Bernard Debarbieux, geboren 1959 in Lille/F, ist Professor für Politische Geografie und Raumordnung sowie Leiter des Geografieinstituts an der Universität Genf/CH. Nach seinem Geografiestudium in Grenoble/F folgten Lehraufenthalte in Paris, New York und Montreal. Schon früh entwickelte Debarbieux eine grosse Leidenschaft für die Berge, welche seine Forschungsinteressen langfristig prägen. Debarbieux beschäftigt sich vorwiegend mit der Regionalentwicklung in Bergregionen auf nationaler, regionaler und globaler Ebene sowie mit der geografischen Perzeptions- und Identitätsforschung.



Die Leidenschaft für die Berge beeinflussen die Forschungsinteressen des Geografen Bernard Debarbieux.

Dieses Zugehörigkeitsgefühl ist in den letzten 20 bis 30 Jahren stark gewachsen.

Welche Bedeutung haben die Alpen für die Länder Europas?

Die Alpen waren lange Zeit eine politische Grenze. Heute erkennt man zunehmend ihr Potenzial als Ressource im Herzen Europas mit besonderen Merkmalen, die alle Europäer betreffen, wie der Landschaft, der Tourismusorte, der Wasserkraft.

Zurzeit wird eine Makroregionale Strategie für die Alpen ausgearbeitet. Ist diese neue Form der Zusammenarbeit Ausdruck einer neuen Interpretation: weg von der geografischen Definition hin zu einer funktionalen?

Nein, ich glaube nicht, dass die Definition der Alpen funktionaler geworden ist. Der Perimeter der Alpenkonvention entspricht einem Viertel der Fläche der zukünftigen Makroregion. Es handelt sich also nicht um denselben geografischen Raum. Viele entwicklungs- oder umweltpolitische Massnahmen sind umso wirksamer, je stärker sie die Verflechtungen zwischen verschiedenen Raumtypen berücksichtigen. Schauen Sie, was im Naturschutz passiert: Man hat Ökosysteme durch Nationalparks geschützt, dann hat man gemerkt, dass es Verbindungen zwischen den Schutzgebieten braucht. Also hat man begonnen, ökologische Korridore einzurichten. Dasselbe kann man auch in anderen Bereichen wie dem Tourismus

oder der Wasserwirtschaft tun. Den Perimeter verändern, ohne die Alpenkonvention zu verlassen, bietet auch die Möglichkeit, Berg- und Nichtberggebiete gemeinsam zu verwalten und entwickeln.

«Es geht darum, ein subtiles Gleichgewicht zu wahren»

Die Makroregionale Strategie basiert auf transnationaler Zusammenarbeit und Solidarität. Gleichzeitig nehmen die nationalistischen Tendenzen in den europäischen Ländern zu. Wie sehen Sie die Entwicklung der Strategie vor diesem Hintergrund?

Das mag widersprüchlich klingen. Aber es gibt einen weiteren Faktor: Die zunehmende Autonomie der Regionen. Das trifft seit langem auf föderale Staaten wie die Schweiz, Deutschland oder Österreich zu. Seit kurzem gilt es auch für Italien und Frankreich, wo Zuständigkeiten an die Regionen, Provinzen, Departemente oder Kantone übertragen wurden. Diese Gebietskörperschaften spielen eine führende Rolle bei der Ausarbeitung der Makroregionalen Strategie für den Alpenraum. Der grenzüberschreitende Raum von morgen besteht nicht mehr aus

Staaten, die eine Alpenkonvention unterzeichneten oder erneut unterzeichnen. Der grenzüberschreitende Raum von morgen besteht aus regionalen oder nachgeordneten Gebietskörperschaften, die Kooperationsnetzwerke und Kooperationsräume ins Leben rufen wollen. Diese haben die Vorteile einer grenzüberschreitenden Kooperation in einem europäischen Rahmen erkannt.

Welche Risiken bringt dieser Prozess mit sich?

Die Anliegen der Akteure im Alpenraum könnten in einem «Makro-Kontext» weniger Gehör finden. Denn die grossen Regionen und Städte haben demographisch, wirtschaftlich und politisch mehr Gewicht als die alpinen Kernregionen. Die grösste Herausforderung wird sein, dass sich die grossen Städte mit den Berggebieten auf Programme einigen, die im Sinne der Gleichheit und Solidarität beiden Seiten gerecht werden. Man hat den Raum gefunden, aber noch nicht die gemeinsamen Werte, auf deren Basis die Menschen in diesem Raum zusammenarbeiten können.

Wie können die CIPRA und die anderen alpinen Netzwerke zur Entwicklung einer solidarischen und ausgewogenen Makroregionalen Strategie beitragen?

Die CIPRA und die anderen alpinen Netzwerke können ihre langjährige Erfahrung und Tätigkeit einbringen: 60 Jahre im Falle der CIPRA, zehn bis 20 Jahre im Falle der anderen Netzwerke. Ihre Initiativen verdienen es, als Beispiele und Arbeitsmodelle in den erweiterten Perimeter der Makroregion übernommen zu werden. Es ist denkbar, dass auf dieser Basis Kooperationsformen zwischen den alpinen Netzwerken und den Netzwerken, die es in Zukunft auch ausserhalb der Alpen geben wird oder geben könnte, entwickelt werden.

Wie lautet Ihr Wunsch für die Alpen?

Alle Akteure im Perimeter der Alpen – Einwohner, Erwerbstätige, Eigentümer, Verwalter – sollten ein gemeinsames Verantwortungsgefühl entwickeln können. Sie sollen sich als «Miteigentümer» oder «Mitverantwortliche» einer Region fühlen, und diese Verantwortung soll sie dazu bringen zu handeln; ein wenig nach ihren eigenen Interessen, aber auch im Dienste gemeinsamer Visionen. ▲

Interview: Barbara Wülser
CIPRA International

Österreichs Weg zur Makroregion

Die Europäische Strategie für die Alpen wirft auch national Fragen auf. Österreich stellt sich diesen Fragen in einem transparenten, offenen Prozess. Das Projekt Alpen.Leben ist ein Beitrag dazu. Es soll nicht zuletzt auch die Alpenkonvention stärken.



Unterwegs: Der Weg zur Europäischen Strategie für die Alpen ist nicht vorgegeben und nur gemeinsam zu bewältigen.

Als einige – und zwar die reichsten – Alpenregionen ihren Vorstoss begannen, ihre Staaten und darüber hinaus die EU von der Idee einer Makroregionalen Strategie zu überzeugen, zeigte sich CIPRA Österreich skeptisch. Zu nahe steht man als ehemaliger Mitinitiant der Alpenkonvention, zu problematisch schienen die Auswirkungen: Sollten am Ende 70 Millionen Menschen im erweiterten Alpenraum über das Schicksal von 14 Millionen «eigentlicher» AlpenbewohnerInnen entscheiden? Kann man in einem solchen Prozess Solidarität für den Ausgleich von Unterschieden voraussetzen – und zwar sowohl innerhalb der Alpen wie auch zwischen der Alpenkernregion und dem Alpenvorland mit den grossen Ballungsräumen?

Obwohl die Alpenkonvention bereits seit über 20 Jahren Bestand hat, steht es um ihre Bekanntheit und um das Wissen ihrer Poten-

ziale, ob bei Entscheidungsträgern oder in der Bevölkerung, nicht zum Besten. Dies gilt es zu verbessern, denn durch die Alpenkonvention wurde in den letzten zwei Jahrzehnten eine Struktur für den Alpenraum geschaffen, die in dieser Art einmalig ist, und es wäre leichtsinnig, diese Errungenschaft aufzugeben.

Mit dem Projekt Alpen.Leben möchte Österreich das Potenzial bzw. den Mehrwert einer Makroregion Alpen unter dem Blickwinkel der Alpenkonvention herausarbeiten, auf deren Potenzial hinweisen und damit die Stärken dieses internationalen Vertragswerkes beispielhaft darlegen (siehe Kasten). CIPRA Österreich fungiert dabei als Informations- und Kommunikationsscharnier, ist aber auch bestrebt, einen fachlichen Input zu leisten und gemeinsam mit CIPRA International und den anderen nationalen Vertretungen eine Brückenfunktion zur Zivilgesellschaft und zum Alpenvorland herzustellen.



**Wer hat das Sagen?
Mit dem Einbezug der
grossen Metropolen in die
Makroregion verändert
sich die Sichtweise auf
die Alpen.**

Erarbeitet wird unter anderem ein Governance-Modell, das auf einem Bottom-up-Prinzip beruht und ein mögliches Zusammenspiel zwischen Alpenraum, Alpenvorland und ausseralpinen Metropolen skizziert. Mit einem umfassenden Themenschwerpunktpapier – im Kontext der Alpenkonvention und ihrer Durchführungsprotokolle – bringt CIPRA Österreich zudem zukunftsweisende Themen in den makroregionalen Prozess ein.

Österreich ragt international mit dieser transparenten und partizipativen Vorgehensweise heraus. Bundeskanzleramt, Aussenministerium, Lebensministerium, Bundesländer, Alpenkonvention, Sozialpartner, Österreichische Raumordnungskonferenz, Alpenraumprogramm und CIPRA Österreich als Vertreterin der Zivilgesellschaft sitzen gemeinsam an einem Tisch, tauschen Informationen aus und erarbeiten gemeinsam Inhalte und Strategien. Dieser offene und transparente Wissensaustausch trägt dazu bei, dass die Beteiligten Vorurteile abbauen können und dass das noch abstrakte und sperrige europäische Zukunftsvorhaben «Makroregion Alpen» in einen konstruktiven gemeinsamen Prozess umgewandelt werden kann.

DER AUSGANG IST OFFEN

Inwieweit Österreich die Erfahrungen aus dem nationalen Prozess international einbringen kann, hängt davon ab, wie flexibel der Prozess auf internationaler Ebene gestaltet wird. Viele der Themen, die über das Projekt Alpen.Leben eingebracht wurden, finden sich auf der Prioritätenliste für die künftige Strategie. Wichtig ist, diese im Aktionsplan und in der Umsetzungsphase zu konkretisieren. Manche Fragen sind noch offen: Welche inhaltliche Rolle und welches Gewicht bekommen die Alpenkonvention und die Zivilgesellschaft? Wird für eine Multi-Level-Governance ein Top-down- oder ein Bottom-up-Ansatz gewählt?

Wenn es nicht gelingt, Klarheit zu schaffen und die Menschen für dieses Gebilde einer Makroregion Alpen zu gewinnen, sind die Aussichten auf eine erfolgreiche Umsetzung gering. Ob der Wille, diesen Prozess offen, transparent und flexibel zu gestalten, auch

auf internationaler Ebene gegeben ist, wird sich in den nächsten Monaten zeigen: in der Art, wie die EU-Kommission und die Alpenländer den weiteren Prozess nach der Konsultationsphase zum Textentwurf der Europäischen Strategie Alpen organisieren. ▲

Josef Essl

Projektleiter Alpen.Leben, CIPRA Österreich

Christian Baumgartner

Mitglied CIPRA Österreich-Komitee, Vize-Präsident CIPRA International

TRANSPARENZ UND AUSTAUSCH

Mit dem Projekt Alpen.Leben analysiert CIPRA Österreich im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft das Verhältnis der Alpenkonvention zur Europäischen Strategie Alpen und erarbeitet Handlungsempfehlungen für eine erfolgreiche Integration der Alpenkonvention. In unterschiedlichen Veranstaltungsformaten findet zwischen VertreterInnen des Umweltministeriums, des Bundeskanzleramtes, des Aussenministeriums, der Bundesländer, der Wissenschaft, der Alpenkonvention und der NGOs ein regelmässiger Austausch zu den im Projekt erarbeiteten Schwerpunktthemen statt. Mit Öffentlichkeitsarbeit werden der laufende Prozess und die Ergebnisse weiteren Interessierten zugänglich gemacht. Die Umsetzung des Projekts Alpen.Leben ist auf eineinhalb Jahre bis September 2014 ausgerichtet und wird aus dem Programm Ländliche Entwicklung 2007-2013 gefördert.

www.cipra.at

Geteilte Energievision Alpen

Die Energieströme fließen über die Landesgrenzen hinaus. Die Energiepolitik hingegen macht allzu oft noch daran Halt. Was die Alpen brauchen, ist eine umfassende Energievision, basierend auf weniger Energiekonsum.



Begehrte Wasserkraft: Die Energiepolitik ist ein Schlüsselfeld der Alpenpolitik.

Die Energiepolitik ist ein Beispiel für ein Politikfeld, das wirtschaftlich und funktional längst internationale Dimensionen angenommen hat, politisch jedoch immer noch stark national geprägt ist. Die Ausweitung des Blickfeldes über Grenzen hinaus ermöglicht neue Perspektiven und Lösungsansätze, bringt aber gleichzeitig die Gefahr mit sich, dass die Alpen nur mehr als Energielieferant und -speicher für Europa betrachtet werden. Es fragt sich: Was braucht es, um die Energiewende in den Alpen naturverträglich zu gestalten?

Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil an erneuerbaren Energieträgern am Gesamtenergieverbrauch bis 2020 auf 20 Prozent zu steigern. Die Energieeffizienz soll um 20 Prozent gesteigert, der CO₂-Ausstoss um 20 Prozent reduziert werden gegenüber 1990. Auch die Alpenländer haben Ziele für den Anteil an erneuerbaren Energien formuliert. Diese bewegen sich zwischen 17 (Italien) und 34 Prozent (Österreich). Die Vorstellungen, wie diese Ziele erreicht werden sollen, gehen auseinander. Absolute Zielvorgaben für die Reduktion des Energiekonsums finden sich nirgendwo.

UNTERLASSEN STATT FÖRDERN

Manche Länder, darunter die Schweiz und Deutschland, kurbeln die Produktion von erneuerbaren Energien mittels Fördersystemen an – und damit auch den Verbrauch. «Subventionen fördern Taten, nicht Unterlassungen», bemängelte der Schweizer Journalist und Energieexperte Hanspeter Guggenbühl anlässlich eines internationalen Alpendialogs zur Energiewende (siehe Kasten).

Energieträger werden querbeet subventioniert. Weltweit fließen rund 500 Milliarden Euro in die Förderung der Energieproduktion, innerhalb der EU sind es gut 90 Milliarden. Der grösste Teil fließt fossilen und nuklearen Energien zu. «Die Energiewende braucht weniger Förderungen, dafür mehr marktgerechte Lenkung», sagt Guggenbühl. Lenkungsmaßnahmen werden jedoch nur zögerlich ergriffen, und meistens nur für Brennstoffe, nicht aber für Treibstoffe.

GESELLSCHAFT EINBEZIEHEN

Der Beitrag der Alpen an die Energiewende ist begrenzt. Zwar sind die Alpen reich an erneuerbaren Ressourcen. Doch diese sind nicht gratis zu haben: Deren Nutzung bedroht Lebensräume, Kultur- und Naturlandschaften. Und sogar bei Ausbeutung aller Ressourcen würde es nicht reichen, den stetig wachsenden Energiehunger Europas zu stillen.

Die Energiewende wird meist nur als wirtschaftliche und technische Herausforderung betrachtet, nicht als gesellschaftliche. Es braucht eine «Energievision Alpen», wie sie am Alpendialog angedacht wurde: eine ganzheitliche Sichtweise. Die Entscheidungen der Politik müssen der Gesellschaft dienen – und nicht umgekehrt. Sie werden von der Bevölkerung mitgetragen, wenn diese einbezogen wird. Oberstes Ziel jedoch ist, den Energieverbrauch einzuschränken. Die restliche benötigte Energie muss naturverträglich produziert und gerecht verteilt werden. ▲

Barbara Wülser

CIPRA International

VIELFÄLTIGE AKTIVITÄTEN

Am Alpendialog zur Energiewende der CIPRA entwickelten im Oktober 2013 in Luzern VertreterInnen von Verwaltungen, Verbänden und Medien Lösungsvorschläge für eine «Energievision Alpen». Im Projekt recharge.green lotet die CIPRA gemeinsam mit weiteren Partnern das Potenzial erneuerbarer Energien im Alpenraum aus. CIPRA Deutschland trägt mit einem Positionspapier über die naturverträgliche Energiewende in den Bayerischen Alpen zur Diskussion bei.

www.cipra.org/de/klima-energie

Heute handeln, morgen profitieren

Der Klimawandel ist eine der grössten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. In den Alpen sind die Temperaturen in den vergangenen 150 Jahren mit rund zwei Grad fast doppelt so stark gestiegen wie im globalen Durchschnitt. Um die Konsequenzen für Mensch und Natur abzuschwächen, muss jetzt gehandelt werden.



Verschüttete Strassen und Felder: Extreme Umwelt-ereignisse werden in den Alpen zunehmen.

Der Himmel ist grau und wolkenverhangen, Niederschläge prasseln wie aus einem Duschkopf hernieder. Die kahlen Berghänge können kein Wasser mehr aufnehmen. Die kleinen Abflüsse sind ausgeschwemmt und werden zu Sturzbächen. Ein Teil des Hangs rutscht ab und verschüttet Häuser und Strassen. Der Sachschaden und die Reparaturmassnahmen betragen Hunderttausende Euro.

Szenenwechsel, der gleiche Ort ein paar Jahre zuvor: Eine Gruppe junger Menschen steht im Hang. Schweiss rinnt ihnen von der Stirn, ihre Hände sind voller Erdkrumen. Unter Anleitung von Forst- und Klimaexperten pflanzen sie oberhalb ihres Dorfes Jungbäume. Durch den heranwachsenden Mischwald wird der Hang stabilisiert. Gemeindearbeiter verbreitern zudem die Wasserabflüsse. So kann der Wald Rutschungen auch bei Starkniederschlägen verhindern. Die Kosten liegen bei ein paar Zehntausend Euro.

Diese zwei Szenarien zeigen, wie wichtig es ist vorzubeugen, und wie gravierend die Konsequenzen sein können, wenn man es nicht tut. Knapp ein Vierteljahrhundert ist es her, dass der Weltklimarat IPCC den ersten Bericht zum Klimawandel veröffentlichte. Die

Wissenschaftler vermuten darin einen Zusammenhang zwischen menschlichem Handeln und der Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre. Seither ist viel passiert: Die Forschung wurde intensiviert, neue Methoden wurden entwickelt. Spätestens der letzte veröffentlichte IPCC-Bericht 2014 lässt keinen Zweifel daran, dass der menschliche Einfluss «mit extremer Wahrscheinlichkeit» die Ursache für die Erwärmung ist. Dies hat mittlerweile auch die Politik erkannt.

FOLGEN SCHON JETZT SICHTBAR

Die internationale Klimapolitik hat sich zum Ziel gesetzt, die globale Erwärmung auf weniger als zwei Grad gegenüber dem Niveau vor der Industrialisierung begrenzen. Nur mit diesem «Zwei-Grad Ziel» sind gemäss IPCC die ökologischen, ökonomischen und sozialen Folgen des Klimawandels zu bewältigen. Dazu müssten aber alle Schadstoffemissionen bis 2050 um mindestens 50 Prozent reduziert werden. Ein verbindliches Ziel ist bei den Klimakonferenzen, sei es in Kopenhagen (2009), Durban (2011) oder Warschau (2013), aus wirtschaftlichen und politischen Interessen immer wieder verhindert worden.

Doch selbst bei grössten Klimaschutzbemühungen, wie dem sofortigen Stopp des Ausstosses aller Treibhausgase, liessen sich die Folgen des Klimawandels nur abschwächen und nicht mehr gänzlich verhindern. Manche, wie Ernteausfälle durch lange Dürreperioden oder Hochwasser durch Starkniederschläge, sind bereits heute sichtbar – auch im Alpenraum. Klimaforscherin Helga Kromp-Kolb von der Universität für Bodenkultur in Wien dazu: «Der Klimawandel schreitet in den Alpen, wie in anderen Gebirgen, schneller voran als im Rest Europas. Dies hängt teilweise damit zusammen, dass die Schneebedeckung zurück geht und der dunkle Boden mehr Wärme aufnehmen kann. Wir gehören somit mit zu den ersten, die gewaltige Veränderungen zu spüren bekommen – vor allem was die Sicherheit in alpinen Tälern betrifft.»

REAKTIV ODER PROAKTIV?

Um die Folgen des Klimawandels für Mensch und Natur so gering wie möglich zu halten, sind Anpassungsmassnahmen jetzt entscheidend. Gerade kleine und kostengünstige Aktionen wie Schutzwaldpflege oder die Renaturierung von Mooren zu Überschwemmungszonen können auf lokaler und regionaler Ebene sofort und unkompliziert in Angriff genommen werden. Da die Auswirkungen des Klimawandels von Region zu Region, ja selbst von Tal



Kühle Köpfe trotz steigender Temperaturen: Um Synergien zu nutzen, arbeiten die Betroffenen einer Region gemeinsam Massnahmen aus.

zu Tal unterschiedlich sein können, sollten Anpassungsinitiativen von regionalen Entscheidern wie Gemeinderäten initiiert werden. Es gilt, die Auswirkungen für den gesamten Lebens- Wirtschafts- und Naturraum zu betrachten. Ein Hangrutsch kann sich auf alle Sektoren auswirken: Forstwirte verlieren ihren Rohstoff, Gemeinden und Privatpersonen Infrastruktur, Tourismus attraktive Landschaften. Um Synergien zu erkennen und Kosten zu sparen ist es wichtig, dass alle Betroffenen einer Region wie Bürgermeister, Gemeinderäte, Wirtschaftstreibende und die lokale Bevölkerung gemeinsam Massnahmen ausarbeiten. Wie dies funktionieren kann, zeigt die Schweizer Region Surselva. Basis bildet eine Umfeldanalyse: Was funktioniert, welche Ressourcen sind vorhanden, welche Leistungen werden erbracht? Berücksichtigt werden auch klimabedingte Chancen und Risiken. Workshops und der regelmässige Austausch befähigen die regionalen Akteure, unter Anleitung von Experten sektorübergreifende Anpassungsstrategien und geeignete Werkzeuge zu entwickeln. Urs Giezendanner, Leiter der Regionalentwicklung Regiun Surselva: «Durch die Mitarbeit aller Betroffenen können von Gemeinden und Wirtschaftstreibenden schnell Anpassungsmassnahmen umgesetzt werden. So wird die Surselva schon jetzt fit für den Klimawandel gemacht.» ▲

Jakob Dietachmair
CIPRA International

HILFESTELLUNGEN FÜR ANPASSUNG

C3-Alps

Das Interreg-Alpine-Space-Projekt C3-Alps übersetzt wissenschaftliche Erkenntnisse zur Anpassung an den Klimawandel in die Praxis. Ziel ist es, Entscheider auf regionaler und nationaler Ebene wie Bürgermeister oder Beamte zum Handeln zu befähigen. Good-Practice-Beispiele in Film, Bild und Text zeigen Lösungen auf.

Klima-Toolbox Surselva

Mit Hilfe eines «Werkzeugkoffers» erprobt die Schweizer Region Surselva Methoden und Massnahmen für die Anpassung an den Klimawandel. Entscheider, Wirtschaftstreibende und die Bevölkerung gestalten ihren Anpassungsprozess gemeinsam und sektorübergreifend. Das Projekt wird im Rahmen des Pilotprogramms zur Anpassung an den Klimawandel durch das schweizerische Bundesamt für Umwelt gefördert.

www.cipra.org/de/klima-energie

Jugendliche im Dialog

In den Alpen gibt es rund zwei Millionen Jugendliche zwischen 15 und 30 Jahren. Sie wissen, was sie brauchen, um weiterhin in den Alpen zu leben, und sie sind bereit, sich einzubringen. Mit dem ersten Bericht über Jugendbeteiligung in den Alpen legt die CIPRA einen Schwerpunkt auf dieses Thema. Kritische Punkte: Es fehlt eine Austausch-Plattform für diejenigen, die die Schulzeit hinter sich haben, eine Vernetzung von in der Jugendarbeit tätigen Institutionen und Organisationen und die Verpflichtung für Alpengemeinden, Jugendliche an ihrer Politik zu beteiligen. Der Jugendbeirat der CIPRA ist eine erste Antwort auf diese Mängel: 14 Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren aus allen Alpenländern tauschen sich regelmässig untereinander und mit den CIPRA-Gremien zu aktuellen Themen aus. Im Rahmen des Projekts «Youth Alpine Dialogue» organisieren sie einen Alpendialog auf nationaler und internationaler Ebene zu Themen, die ihnen am Herzen liegen. Als erstes haben sie sich Mobilität vorgenommen. In nationalen Arbeitsgruppen mit jüngeren Jugendlichen nehmen sie den für Jugendliche so wichtigen öffentlichen Verkehr, die Erschließung abgelegener Bergregionen und das Verkehrsprotokoll der Alpenkonvention unter die Lupe. Sie diskutieren darüber mit Gleichaltrigen, PolitikerInnen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft. Das Bild, das sie zeichnen, wird ein Blick in die Zukunft der Alpen sein.

www.cipra.org/de/jugend



Im «Youth Alpine Dialogue» entwickeln Jugendliche ein Bild der Mobilität der Zukunft.

Zukunft kreativ angehen

Ressourcen sind endlich, auch in den Alpen. Wie können wir ein gutes Leben in den Alpen führen, das nicht auf immer mehr Verbrauch angewiesen ist? Lösungen werden an der CIPRA-Jahresfachtagung von 13. bis 15. November 2014 im französischen Annecy diskutiert. Mit dabei ist der Zukunftsforscher Hugues de Jovenel, der unter anderem Trends für neue Formen der Ökonomie ausmacht. Wie ein Betrieb Bedürfnisse von Mensch und Natur berücksichtigen kann, legt Michil Costa, Hotelier aus Südtirol/I, dar. Ueli Strauss vom Amt für Raumplanung St. Gallen/CH beleuchtet, welche Antworten die Raumplanung bieten kann. In offenen Diskussionsrunden werden Visionen für «suffiziente Alpen» diskutiert und entwickelt. Im Raum stehen auch die Fragen, wie diese Visionen ihren Platz in der Alpenpolitik finden und wie die EU-Strategie für den Alpenraum nachhaltiger und suffizienter gestaltet werden kann.

www.cipra.org/de/jf2014

Biodiversität verankern

Gesetze sollen zukünftig stärker auf die biologische Vielfalt in den Alpen abzielen, von der lokalen Ebene bis zur EU. Regionen, Schutzgebiete und NGOs, darunter die CIPRA, entwickeln deshalb im Rahmen des greenAlps-Projekts gemeinsam Strategien, wie dies zu erreichen ist. Das Gemeindeforum «Allianz in den Alpen» und der Verein «Alpenstadt des Jahres» bringen als Beobachter die Erfahrungen und Bedürfnisse der kommunalen Ebene ein. Ihre Erkenntnisse und die Projektergebnisse stellen die Partner anlässlich der Abschlusstagung von 13. bis 14. Oktober 2014 in Chambéry/F zur Diskussion.

www.greenalps-project.eu

Weniger Verbrauch durch gute Planung

In den letzten zehn Jahren hat sich viel getan im Bausektor. Doch das Potenzial ist noch nicht ausgeschöpft. Die Themen Raumplanung und Suffizienz müssen vermehrt berücksichtigt werden. Die CIPRA hat deshalb ihren 2004 publizierten Bericht «Nachhaltiges Bauen und Sanieren in den Alpen» neu aufgelegt. Er vermittelt BauherrInnen und interessierten Laien eine ganzheitliche Sichtweise, die über das reine Bauen und Sanieren hinausgeht. Der Bausektor verbraucht viele Ressourcen, beansprucht viele Baumaterialien und verschwendet durch mangelhafte Raumplanung unnötig viele Böden. Der Schlüssel zum Erfolg liegt in einem ganzheitlichen Konzept. Der Bericht ist online verfügbar und gliedert sich in fünf Module: (1) Warum nachhaltig bauen? (2) Energie und Gebäude (3) Ökologische Baumaterialien (4) Suffizienz und Raumplanung und (5) Die Situation in den Alpenländern.

www.cipra.org/climalp

Geeint für Olympiadefreie Alpen

In Demokratien haben Olympische Winterspiele einen schweren Stand. Die Menschen sind nicht mehr bereit, ausufernden Gigantismus, Umweltschäden, unkalkulierbare Kosten und das Diktat des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) zu akzeptieren. Geeint tritt die CIPRA mit einem Positionspapier gegen Olympische Winterspiele in den Alpen an. Gestützt wird die Position durch eine Web-Sammlung aus Erfahrungsberichten, Argumenten und fachlichen Informationen. In einem Offenen Brief forderte die CIPRA zudem den IOC-Präsidenten Thomas Bach auf, einen Kurswechsel und eine grundlegende Neuausrichtung der Regelwerke für die Planung und Durchführung Olympischer Winterspiele einzuleiten.

www.cipra.org/de/olympia

Position beziehen für das Wasser

Wasser ist zweifellos eine der wertvollsten Ressourcen der Alpen: Alpine Gewässer dienen als Trinkwasserreserve und sind wertvolle Lebensräume für zahlreiche Arten. Mit der angestrebten Energiewende werden in den Alpen zahlreiche Wasserkraftprojekte ins Auge gefasst. Beinahe 90 Prozent der Alpenflüsse werden bereits genutzt, vor allem um Wasserkraft zu erzeugen. Während die Energieproduktion im Mittelpunkt steht, werden die Folgen für die alpine Landschaft und Umwelt vernachlässigt – doch diese sind oft gravierend. Es gibt in den Alpen keinen Platz für neue Wasserkraftanlagen, postuliert die CIPRA in ihrem Positionspapier «Alpenflüsse sind nicht erneuerbar». Die letzten zehn Prozent der noch unverbauten Alpenflüsse müssen bewahrt werden. Für eine nachhaltige Energiewende muss der Energieverbrauch minimiert und die bestehenden Anlagen müssen optimiert werden. Das Positionspapier ist ein Arbeitsergebnis der Jahresfachtagung 2013 «Wassertrog Alpen – wer gibt, nimmt und bestimmt darüber?».

www.cipra.org/de/positionen/alpenfluesse-sind-nicht-erneuerbar

Die CIPRA wandert weit

Einen Schritt vor den anderen in der Natur zu setzen, die Lebens- und Naturräume der Alpen in ihrer ganzen Schönheit und Vielfalt erfassen, Land, Leuten und vor allem sich selbst begegnen: Die fünf Weitwanderwege der Via Alpina bereiten genau diese Erlebnisse auf, von Triest bis Monaco. Seit 2014 leitet die CIPRA als Dachorganisation die Via Alpina mit Vertretungen in den acht Alpenländern. Gemeinsam setzt sich das Netzwerk für nachhaltige Entwicklung links und rechts entlang des Weitwanderwegs ein.

www.via-alpina.org

Die Alpen sind (un)wichtig

Vor langer Zeit trug es sich zu, dass in einem Landstrich Europas ein aufsehenerregender Fund gemacht wurde: Eine riesige, milchige Scheibe trat nach einem Bergsturz zu Tage. Sie lag in einem Krater, nahe dem höchsten Punkt der Alpen.

Niemand wusste, was das zu bedeuten hatte. Weder Material noch Form ähnelten in irgendeiner Weise etwas Bekanntem. Also holte man Experten aus allen Teilen dieser Erde. Die Wissenschaftler inspizierten die Scheibe mit allerlei Gerät und kamen nach ausgiebiger Diskussion zum Schluss, dass ein neues Zeitalter angebrochen sei: das Scheibenzeitalter. Sie proklamierten die ganze Region als Wissenschaftspark, der nur mehr von Forschern betreten werden dürfe.

Die Touristiker stemmten sich vehement dagegen: Es sei einzig ihnen zu verdanken, dass die Alpen nicht schon längst vergessen und verlassen seien. Sie riefen nach Subventionen, um das Gebirge touristisch zu erschliessen. Felsen müssten weggesprengt, Stege gebaut, Ausgucke errichtet und Teile der Scheibe als Souvenirs verkauft werden.

Doch sie wurden nicht gehört; die Wirtschaftsvertreter riefen lauter: Das Material erfülle alle Kriterien, um den drohenden Kollaps abzuwenden; es sei rein, energiereich und nachwachsend. Tausende von Arbeitsplätzen könnten geschaffen werden.

Da intervenierten die Politiker: Die Scheibe liege im Hoheitsgebiet der Alpenländer, nur diese dürften über die Verwendung bestimmen. Sie würden sofort ein Scheibenprotokoll für die Alpenkonvention ausarbeiten.

Während die Leute noch diskutierten, strömten Hunderte von Menschen heran. Sie stürmten die Scheibe, als ob sie das gelobte Land wäre. Manche beteten am Kraterand, bevor sie sich mit ausgestreckten Armen bäuchlings auf die Fläche warfen. Andere versuchten, mit dem Bagger Stücke herauszuberechnen. Mit Bohrmaschinen, Schleifpapier, Bunsenbrenner und Gebetbuch rückten sie dem seltsamen Material zu Leibe. Sie gruben die ganze Umgebung um, doch sie hatten keine Chance: Die Scheibe war unantastbar. Nicht abbaubar.

Da rief der eine Politiker in die Menge: «Ich habe es schon immer gewusst: Die Alpen sind unwichtig.» Die Menschen wandten sich ab und vergassen die Scheibe. Sie hinterliessen eine Einöde aus Schutt und Sand. Nur das Scheibenprotokoll steht noch immer auf der Agenda der Politiker. Warum, das haben sie vergessen.



Barbara Wülser

Barbara Wülser
Kommunikationsverantwortliche
CIPRA International

P.P.

LI-9494 Schaan

VORSCHAU

SZENEALPEN NR. 100/2015

Frauen in den Alpen

Frauen sind heute selbstbestimmt. Sie machen sich die Welt, wie es eben gefällt. Frauen können wählen, mitbestimmen, politisch aktiv sein. Auch in den Alpen. Warum also dieses Thema, warum dieses Heft? Weil Frauen eben doch andere Rollen in der alpinen Gesellschaft einnehmen – in der Vergangenheit und auch heute. Oft sind sie soziale Stütze der Dorfgemeinschaft und engagieren sich für die Natur. Seltener führen sie Gemeinden, Unternehmen oder Organisationen. Wie ist der Bezug der Frauen zur Natur? Beherrschen sie den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen und mit der natürlichen Vielfalt besser? Wie kann der weibliche Blick auf die Welt das männlich geprägte Deutungsmuster ergänzen? SzeneAlpen Nr. 100 zeigt die Alpen aus einer weiblichen Perspektive.

Erscheint im Herbst 2015.

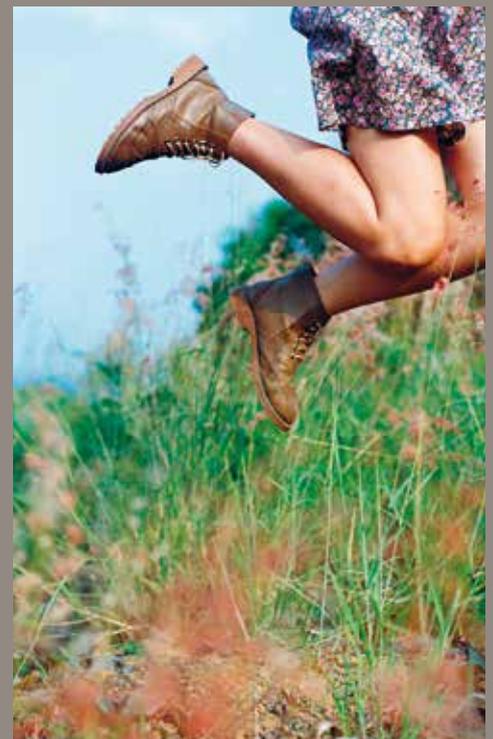


Foto: Khanh-Hmoong, flickr